

Steuerhinterziehung

Schließfach im Nirgendwo

Während der Finanzminister sich müht, abtrünnige Steuerzahler heimzulotsen, geben "Finanzdienstleister" keine Ruhe — kaltschnäuzig locken sie zum Steuerbetrug.

von Michael Kläsgen

Die Anruferin kam gleich zur Sache. „Sind Sie an einer Geldanlage in der Schweiz interessiert?“, flötete sie in den Hörer. Im Hintergrund surrten Stimmen, die Dame rief offenbar aus einem Callcenter an. Der Architekt war irritiert. Sofort war ihm klar, dass „die Anlage“ dazu dienen sollte, Kapitalertragssteuer zu „sparen“.

Explizit wollte sich die Dame dazu nicht äußern. Schwieg sie diesbezüglich, weil sie wusste, dass auf die Beihilfe zur Steuerhinterziehung bis zu fünf Jahre Haft stehen? Statt sich auf Details einzulassen, schlug sie dem Architekten aus dem niederrheinischen Viersen, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will, einen Termin mit einem Anlageberater vor.



„Unsere Gesellschaften sind von jeder Besteuerung befreit“

Interessanter Kunde

Der stand schon wenige Tage später im Büro des Architekten, zeigte einen Firmenausweis samt Lichtbild vor, dazu den Personalausweis. Er sei Herr Krämer, Herr Krämer von der MWB Vermögensberatung Zürich. „Im Auftrag der Crédit Suisse“, sagte Krämer.

Sollten sich Anlageberater ausländischer Banken ihre Kunden persönlich aussuchen und zum Vorgespräch ein Callcenter vorschalten, würde das selbst hartgesottene Steuerfahnder überraschen. Strafbar ist daran aber erst einmal nichts.

Auch wenn die Anrufe in regelrechten Telefonterror ausarten, von dem ein Ingenieur aus Wiesbaden zu berichten weiß – nur in den wenigsten Fällen wehren sich die Betroffenen. Und gegen den Handel mit Adressen solventer Bürger lässt sich ohnehin nichts machen.

Doch der Fall des vermeintlichen Anlageberaters Krämer ist anders. Bei der Schweizer Vermögensverwaltung MWB will man von einem Mitarbeiter mit diesem Namen noch nie etwas gehört haben. Außerdem sagt eine Dame in der Personalabteilung: „Wir beschäftigen überhaupt keine Außendienstmitarbeiter in Deutschland.“

Die MWB sei ein „äußerst seriöses Traditionsunternehmen“, beteuert die Dame, das „absolut unspektakuläre Versicherungsprodukte“ anbiete. „Trittbrettfahrer“ jedoch, die den guten Ruf der Firma missbrauchten, gebe es zuhauf. Und natürlich distanziert sich auch die Crédit Suisse nachdrücklich von jedweden anrühigen Praktiken.

Dennoch: Der deutsche Steuerzahler ist ein interessanter Kunde für ausländische Kreditinstitute und für Niederlassungen deutscher Banken. So interessant, dass die Geldverwalter immer kaltschnäuziger auftreten.

So tauchte die Vorarlberger Volksbank im Juli gemeinsam mit der Juricon Treuhand Anstalt aus Liechtenstein im Düsseldorfer Industrie-Club auf, um über die Vorzüge von Stiftungen liechtensteinischer Provenienz im Besonderen und Off-Shore-Firmen im Allgemeinen zu informieren.

„Unsere Gesellschaften sind von jeder Besteuerung befreit“, beteuerte Christian Reichart, Mitglied der Juricon-Geschäftsleitung. Gründungsformulare für Stiftungen lagen nach Ende des Vortrags zum Ausfüllen bereit.

Dass sie vielleicht doch etwas zu weit gegangen war, bemerkte dagegen die österreichische Raiffeisen Bank. Deren liechtensteinische Dependence hatte „mit freundlichen Grüßen aus dem Fürstentum“ eine Pressemitteilung „an alle Medien“ versandt, in der sie sich ihres neuen „Fort Knox“-Kontos rühmte, das „diskrete Kontoführung“, „Non-QI-Status“ und ein „schlüsselloses Schließfach“ garantiere. Eine Woche später folgte eine zweite Pressemitteilung mit dem Titel „Widerruf!“.

Wegen möglicher Missverständnisse sei von einer Veröffentlichung doch abzusehen. Nicht schlecht staunten auch die Mitarbeiter der Handelsüberwachung an der Düsseldorfer Börse, als kürzlich ein Schreiben der Firma Anolaswiss aus dem Fax quoll.

Anolaswiss bot darin gegen Gebühr einen „sicheren Bargeld-Transfer“ auf ein Schweizer Konto an. Die würden problemlos bei der Crédit Suisse eröffnet. „Wir haben Anolaswiss wegen des Schreibens abgemahnt“, erklärt ein Sprecher der Bank. „Unser Logo wird im Schnitt einmal pro Woche missbräuchlich verwendet.“

Jeder kann sein Geld anlegen, wo er will, solange es sich nicht um Schwarzgeld handelt und die Zins-einnahmen in Deutschland deklariert werden. Beim Werben für Auslandskonten sind die Grenzen zur Strafbarkeit dagegen fließend, erklärt Aachens oberster Steuerfahnder, Norbert Gress.

So leiste eine Bank Beihilfe oder Anstiftung zur Steuerhinterziehung, sobald sie ausdrücklich mit steuer-freien Zinszahlungen, anonymen Nummernkonten oder diskreten Stiftungen als lukratives Steuerspar-modell lockt. In den neunziger Jahren war es aufgrund dieses Verdachts zur Durchsuchung verschiede-ner deutscher Geldhäuser gekommen, die in Zeitungsanzeigen das Steuerparadies Luxemburg ange-priesen hatten.

Und zur gleichen Zeit versucht in Berlin Finanzminister Hans Eichel Hände ringend, abtrünnige Steuer-zahler wieder heimzulotsen. Kein Wunder, dass Eichels großzügige Amnestie bisher wenig erfolgreich war – die Lockrufe aus dem Ausland waren laut genug.

Im laufenden Jahr sollen gerade einmal 378 Millionen Euro an den deutschen Fiskus zurückgeflossen sein. Ein geringer Betrag im Vergleich zu den 300 Milliarden Euro, die als Schwarzgeld im Ausland schlummern sollen.

Wenn es nur das wäre. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft erwartet sogar, dass sich so gut wie gar nichts ändert. Deren Chef Dieter Ondracek schätzt, dass jährlich weiterhin 200 Millionen Euro allein in die Schweiz fließen. Und das Callcenter gibt keine Ruhe.

(SZ vom 20.11.2004)